

KOMMENTARE 19.12.2016

# Reform der Eigentumsrechte in China



SHANG-JIN WEI, NEW YORK

«Um einen wirklich gleichen Status von staatlichen und privaten Unternehmen zu verankern, wird es einer Reform des Finanzsystems bedürfen.»

**Chinas neuer Gesetzesrahmen zum Schutz der Eigentumsrechte ist vielversprechend. Doch der Erfolg hängt entscheidend davon ab, wie die Richtlinien umgesetzt werden. Ein Kommentar von Shang-Jin Wei.**

China hat neulich Leitlinien erlassen zum Schutz der Eigentumsrechte. Sie sind ein wichtiger Schritt, um das langfristige Wirtschaftswachstum zu sichern. Doch es bleibt noch mehr zu tun.

**Zum Autor** Shang-Jin Wei, ehemaliger Chefökonom der Asiatischen Entwicklungsbank, ist Professor für chinesische Geschäftswelt und Wirtschaft an der Columbia University.

Die Leitlinien sind darauf ausgerichtet, drei zentrale Ziele zu erreichen. Erstens schränken sie den Freiraum der Regierung ein, privates Eigentum von Unternehmen oder Bürgern zu beschlagnahmen. Zuvor umschrieb das Gesetz den Staatssektor als die «Grundlage der sozialistischen Marktwirtschaft» und den privaten Sektor als dessen «Ergänzung». Die neuen Leitlinien betonen den «gleichen Status» staatseigener Betriebe (State-Owned Enterprises, SOE) und privater Unternehmen und zudem den «gleichen Schutz» ihrer Eigentumsrechte. Nun wird privates Eigentum nicht mehr weniger wert sein als staatliches – wenigstens offiziell.

China war jüngst konfrontiert mit einer neuen Welle von Kapitalflucht, ausgelöst zum Teil durch Sorgen in Unternehmerkreisen, die Antikorruptionskampagne von Präsident Xi Jinping – bislang ausgerichtet auf bestechliche Beamte – könnte eines Tages auf sie und ihren Besitz umgelenkt werden. Schliesslich ist es für chinesische Unternehmer schwierig, nicht irgendwann diese oder jene Regel zu verletzen, weil das Gesellschaftsrecht in China sehr komplex und mitunter widersprüchlich ist.

## **Amnestieprogramm**

Die neuen Leitlinien sprechen dieses Problem an, indem sie Vergebung für «ursprüngliche Sünden» vorsehen, das heisst für irreguläre oder gesetzwidrige Aktivitäten oder Steuerhinterziehung privater Unternehmer in den frühen Phasen des Bestehens ihrer Gesellschaften. Dieses Amnestieprogramm – zusammen mit einer Neuorientierung hin zu Gleichheit von SOE und privaten Betrieben – könnte für die chinesischen Unternehmer viel Ungewissheit beseitigen und sie ermutigen, ihr Vermögen und ihr Talent im Land zu behalten.

Das zweite Ziel der neuen Leitlinien ist es, die Entwendung staatlichen Eigentums durch private Personen auszumerzen, d.h. durch Manager von SOE, die auf eigene Rechnung wirtschaften. Solche Deals gibt es in mannigfacher Form, etwa als Verkauf von Staatseigentum unter Marktwert an verbundene Private oder als Insiderhandel an der Börse.

Eine vorteilhafte Auswirkung des Antikorruptionsfeldzugs war die Unterdrückung solcher Praktiken. Dennoch ist es, als Reaktion auf Xis Aufruf, die SOE zu stärken und auszubauen, ratsam für die Verfasser der Leitlinien, weitere Massnahmen vorzuschlagen, um die Risiken schlechter Unternehmensführung zu verringern.

## **Innovation fördern**

Das dritte Ziel des neuen Regelwerks ist, Innovation zu fördern, indem die Ergebnisse kreativer Bemühungen geschützt werden. Die Motoren, die Chinas Wachstum in den vergangenen Jahrzehnten angetrieben haben – riesiger Nachschub an billiger Arbeitskraft, Einfuhr von Technologie, massive Sachinvestitionen –, werden schwächer. Nun müssen Produktivitätswachstum und heimische Innovation für frischen Schwung sorgen. Das aber erfordert einen angemessenen Schutz geistigen Eigentums.

Meine Forschung, die ich gemeinsam mit Zhuan Xie und Xiabao Zhang durchgeführt habe, belegt, dass chinesische Unternehmen namentlich im privaten Sektor seit gewisser Zeit ihre Innovationstätigkeit beschleunigen und dass sie eine steigende Zahl chinesischer und ausländischer Patente erhalten. Es überrascht nicht, dass sie nun – gleich wie ausländische Multis und Handelsdiplomaten – besseren Schutz von geistigem Eigentum fordern. Indem diese Rechte sicherer werden, werden Chinas neue Wachstumsmotoren erheblich Dampf entwickeln.

Doch um sicherzustellen, dass dieses Ergebnis erreicht wird, genügen die neuen Rahmenbedingungen nicht. Zum einen ist das Amnestieprogramm für die «ursprünglichen Sünden» der Unternehmer noch nicht detailliert genug. Wenn es den Beamten, die das Programm umsetzen, zu bestimmen überlassen bleibt, welche «Sünden» dafür infrage kommen und welcher Zeitrahmen sie «ursprünglich» macht, könnte das neue Gelegenheiten zum Rent Seeking schaffen (indem private Marktakteure die Staatsgewalt zu ihrem Vorteil

beeinflussen). Das würde die regulatorische Last sogar erhöhen, statt Unsicherheiten auszumerzen.

## **Ergänzungen nötig**

Darüber hinaus beseitigen die neuen Richtlinien die Vorteile der SOE nicht. Trotz der nunmehr gleicheren Bedingungen wird ein Finanzsystem, das von staatseigenen Banken beherrscht ist, die SOE begünstigen, was den Zugang zu Finanzierungsquellen und die Kosten von Kapital betrifft.

Gleichermassen werden lokale Behörden, in deren Besitz die meisten SOE stehen, sich schwertun, in allfälligen Streitigkeiten zwischen ihren eigenen und privaten Betrieben faire Urteile zu fällen. Um einen wirklich gleichen Status von SOE und Privaten zu verankern, wird es einer Reform des Finanzsystems bedürfen; ebenso wird der Staat diejenigen SOE deinvestieren müssen, die keine grosse Bedeutung für die nationale Sicherheit haben – also die Mehrheit der Staatsbetriebe.

Chinas neuer Gesetzesrahmen zum Schutz der Eigentumsrechte ist vielversprechend. Doch der Erfolg hängt entscheidend davon ab, wie die Richtlinien umgesetzt werden und in welchem Mass die Regierung ergänzende Reformen an die Hand nimmt. Im Namen der ganzen Weltwirtschaft ist zu hoffen, dass China dies richtig anpackt.

*Copyright: Project Syndicate.*